

Berliner Republik – InnovationsDialoge 2006

**Herausgeberkreis –
Mitglieder und
ehemalige Mitglieder des
Deutschen Bundestages**

Innovationsmotor Klimaschutz Chancen des Wandels

**Mittwoch, 22. November 2006, ab 17.30 Uhr
EnBW AG
Schiffbauerdamm 1, 10117 Berlin**

Gregor Amann
Sabine Bätzing
Dr. Hans-Peter Bartels
Sören Bartol
Dirk Becker
Ute Berg
Kurt Bodewig
Hans Martin Bury
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Martin Dullig
Sebastian Edathy
Siggi Ehrmann
Martina Eickhoff
Gabriele Frechen
Peter Friedrich
Sigmar Gabriel
Kerstin Griese
Michael Hartmann
Nina Hauer
Hubertus Heil
Iris Hoffmann
Johannes Jung
Josip Juratovic
Uli Kelber
Astrid Klug
Nicolette Kressl
Dr. Hans-Ulrich Krüger
Christian Lange
Caren Marks
Christoph Matschie
Katja Mast
Ursula Mogg
Gesine Multhaupt
Dr. Erika Ober
Thomas Oppermann
Stefan Reiche
Dr. Carola Reimann
Birgit Roth
Michael Roth
Silvia Schmidt
Carsten Schneider
Karsten Schönfeld
Sven Schulz
Dr. Martin Schwanholz
Rita Schwarzelühr-Sutter
Dr. Ditmar Staffelt
Rolf Stöckel
Ute Vogt
Andreas Weigel
Dr. Rainer Wend
Andrea Wicklein

Referentinnen & Referenten

Begrüßung: Ulrich Kelber

**Podium 1: „Wachstum und Klimaschutz - Anforderungen an
eine zukünftige Energiepolitik“**

**Sigmar Gabriel
Jürgen Hogrefe
Dr. Wolfgang Große Entrup
Dr. Felix Christian Matthes
Dirk Becker**

**Podium 2: “Joint Implementation & Clean Development Mechanism -
Klimaschutz durch Globalisierung?“**

**Bernhard Zander
Milan Nitschke
Claudia Kemfert
Astrid Klug**

Zeitschrift *Berliner Republik* · Chefredakteur: Dr. Tobias Dürr
Postfach 61 03 22 · 10925 Berlin
T. 030-255 94 162 · F. 030-255 94 165 · E. info@b-republik.de

Veranstaltungsmanagement & Fundraising: republik movida GmbH
Geschäftsführer: Lars Rohwer · Invalidenstraße 35 · 10115 Berlin
T. 030-280 99 676 · F. 030-280 41 907 · E. info@republik-movida.de

Organisation
Jürgen Neumeyer

Ulrich Kelber



Mitglied des Bundestags

- geboren am 29. März 1968 in Bamberg, verheiratet, vier Kinder
- 1974-1978 Grundschule in Bonn,
- 1978-1987 Gymnasium in Bonn,
- 1987-1993 Studium Informatik und Biologie in Bonn
- 1993-1995 Wissenschaftlicher Mitarbeiter GMD – Forschungszentrum
- Informationstechnik

Politischer Werdegang

- 1985 Eintritt in die SPD
- 1987-1989 sachkundiger Bürger im Umweltausschuss der Stadt Bonn
- 1989-1994 Mitglied der Bezirksvertretung Bonn-Beuel
- 1994 – 2002 Mitglied im Rat der Stadt Bonn
- seit 1992 Mitglied des Vorstands der Bonner SPD
- 1992 – 2000 Sprecher der Bonner SPD
- seit 2001 Vorsitzender der SPD Bonn
- seit 1.9.2000 Mitglied des Bundestages (nachgerückt für Rudolf Dreßler),
- 2002 und 2005 Gewinn des Direktmandats Wahlkreis Bonn
- seit Nov. 2005 Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, verantwortlich für die Bereiche Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit, Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Nachhaltigkeit
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- stellv. Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- stellv. Mitglied im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat
- Mitglied des Beirats der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Post, Telekommunikation und Schienennetz

Sigmar Gabriel



Bundesminister für für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

- Besuch der Realschule und des Gymnasiums (Abitur) in Goslar;
- 2jähriger Wehrdienst;
- Studium an der Universität Göttingen für das Lehramt an Gymnasien in den Fächern Deutsch, Politik und Soziologie.

Politischer Werdegang

- 1976-1989 Kinder- und Jugendarbeit in der SPD-nahen Jugendorganisation "Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken"
- 1977 Eintritt in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands
- seit 1979 Mitglied der Gewerkschaft ÖTV, später der IG Metall und der Arbeiterwohlfahrt
- 1983-1988 Dozent in der politischen Erwachsenenbildung bei der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben und für die Gewerkschaften ÖTV und IG Metall
- 1987 1. Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien
- 1987-1998 Kreistagsabgeordneter des Landkreises Goslar
- 1988 2. Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien
- 1989-1990 Lehrer in der beruflichen Erwachsenenbildung im Bildungswerk der Niedersächsischen Volkshochschulen
- Seit 1990 Mitglied des Niedersächsischen Landtages
- 1990 - 1994 Mitglied im Umweltausschuss des Niedersächsischen Landtages
- 1991-1999 Ratsherr der Stadt Goslar, in dieser Zeit Vorsitzender des Umweltausschusses
- 1994-1997 Innenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion
- 1997-1998 Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion
- 1998-1999 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion
- 1999 - 2005 Mitglied des SPD-Parteivorstandes
- Dezember 1999 bis März 2003 Ministerpräsident des Landes Niedersachsen
- 2003 bis 2005 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion
- seit 22. November 2005 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Jürgen Hogrefe



- 1968 Abitur am Gymnasium Hankensbüttel / Niedersachsen
- 1969-1970 Wehrdienst bei der Luftwaffe
- 1971-1978 Studium der Publizistik, Politik und Lateinamerikawissenschaften an der Freien Universität Berlin

- 1973-1976 Lektor, Oberbaum-Verlag Berlin
- 1978 M.A., Institut für Publizistik, Freie Universität Berlin „summa cum laude“
- 1978-1979 Hannoversche Allgemeine Zeitung, Volontariat
- 1979-1983 Elternmagazin „Spielen und Lernen“, Velber Verlag, Redakteur
- 1980-1983 Elternmagazin „Spielen und Lernen“, Velber Verlag, Leitender Redakteur
- 1980-1983 Radio- und TV-Dokumentationen, u.a. für den NDR überwiegend zu Themen der Entwicklungspolitik
- 1983 TV-Dokumentation „Jürgen“ (ARD, zusammen mit Max H. Rehbein)
- 1983-1984 Pressesprecher, Fraktion „Die Grünen“ im Niedersächsischen Landtag
- 1985-1993 DER SPIEGEL, Korrespondent im Büro Hannover
- 1993 DER SPIEGEL, Redakteur im Ressort Deutschland II, Hamburg
- 1994-1998 DER SPIEGEL, Nahost-Korrespondent mit Sitz in Jerusalem
- 1999-2003 DER SPIEGEL, Berlin. Verantwortlich für die Berichterstattung über deutsche Außenpolitik
- 1.5. 2003 EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Leiter des Holding-Bereiches „Wirtschaft, Politik und Gesellschaft“ mit Sitz in Berlin
- 1.9. 2003 EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Generalbevollmächtigter

Dr. Wolfgang Große Entrup



Leiter des Bereiches Politik & Umwelt in der Konzernzentrale der Bayer AG

Dr. Wolfgang Große Entrup ist seit dem 1. Juli 2002 in der Konzernzentrale der Bayer AG verantwortlich für das Ressort Politik & Umwelt und damit zuständig für die weltweite Steuerung der Konzernaktivitäten in diesem Bereich. In dieser Funktion berichtet er direkt an den Konzernvorstand.

Dr. Wolfgang Große Entrup wurde am 24. Mai 1962 in Euskirchen geboren. Nach dem Wehrdienst und einem einjährigen Trainee-Programm bei der Bayer AG studierte er von 1984 bis 1989 an der Universität Bonn Agrarwissenschaften. Ab 1990 arbeitete Wolfgang Große Entrup als Persönlicher Referent eines parlamentarischen Geschäftsführers der Regierungskoalition im Deutschen Bundestag und promovierte außerdem an der Universität Bonn.

1994 trat er in die BASF Aktiengesellschaft ein. Hier übernahm er zunächst eine Stabsaufgabe in einer Bereichsleitung. Es folgten weitere Stationen in Geschäfts- und Zentraleinheiten. Zuletzt war Wolfgang Große Entrup verantwortlich für den Bereich Kommunikation und Politik für die Arbeitsgebiete Landwirtschaft und Pflanzenbiotechnologie. Im Januar 2002 wechselte er zur Bayer AG, wo er die Leitung des Konzernstabs Qualitäts-, Umwelt- und Sicherheitspolitik übernahm.

Wolfgang Große Entrup ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Statement

- Klimaschutz und Energiepolitik sind **Top-Prioritäten**. Sie setzen Rahmenbedingungen für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Je nach Ausgestaltung begrenzen oder erhöhen sie die Chancen für Unternehmen. Wachstum, Klimaschutz und Energiepolitik vernünftig aufeinander ab-zustimmen wird eine der großen Herausforderungen sein.
- **Energieeffizienz** ist eine Schlüsselgröße für Unternehmen. Als energie-intensives Unternehmen hat Bayer systematisch Einsparpotentiale bei der Energieversorgung und Produktion identifiziert und realisiert. Beispiele zeigen, wie eine Verbesserung der Energieeffizienz und Klimaschutz Hand in Hand gehen.
- Neue Ansätze ergeben sich bei Produkten, die einen direkten Bezug zu Ressourcenschonung und Energieeffizienz haben. Beispiele sind Isolier-materialien in Kühlschränken und leichte, den Kraftstoffverbrauch senkende Werkstoffe in Fahrzeugen. Ein großes Potential zur **Energieeinsparung** und damit zur Emissions-Reduktion eröffnen auch Wärmedämmstoffe in Gebäuden.
- Zukünftige Märkte, um den Herausforderungen des Klimaschutzes zu begegnen, sieht Bayer im Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen. Mit Hilfe der Biotechnologie und Nanotechnologie - zwei wichtigen **Schlüssel-technologien** der Zukunft - können erneuerbarer Energiequellen effektiv genutzt werden.
- Eine intelligente wirtschaftliche Nutzung der Themen Energie und Klima ist möglich; viel versprechende, profitable Ansätze zeichnen sich ab. Aber Klima und Energie sind nicht nur Unternehmens- und Marktthemen sondern auch politisch stark beeinflusst. Eine Schlüsselfrage wird sein, ob es gelingt, **Emissionsreduktionen zu wirtschaftlichen Bedingungen** zu gestalten. Steigende Strompreise infolge von Windfall-Profits führten in die falsche Richtung.
- Auch muss der grundlegende **Konflikt zwischen den Klimaschutzstrategien** "Fortsetzung Kyoto mit raschen Emissionsbeschränkungen" und "Technologienentwicklung mit zukünftigen Reduktionszielen" aufgehoben werden. Die jüngsten Verhandlungen in Nairobi haben aber gezeigt, wie schwierig eine kohärente Aufstellung sein wird. Noch sind die Optionen einer gemeinsamen internationalen Klimapolitik nach 2012 unklar.
- Prognosen über die Entwicklung der Energiemärkte sind schwierig; es sind **volatile Märkte**, die sich durch Verknappungsängste, Krisen, Über-investitionen, spekulative Marktteilnehmer, Reichweite der Reserven, nationale Energiemixe etc. auszeichnen und politisch kaum steuerbar sind.
- Auf absehbarer Zeit bleibt die Wirtschaft noch auf die **klassischen Energie- und Rohstoffträger** Kohle, Erdgas und Erdöl angewiesen. Besonders Erdöl und Erdgas dienen als Rohstoffe für die effiziente Herstellung von Vorprodukten der Chemiebranche. Biomasse benötigt langfristige Ent-wicklungszeiträume; die Nutzungskonkurrenz zwischen Verwendung für Nahrungsmittel und als Energierohstoff muss berücksichtigt werden.
- Vor einer zukünftigen Energiepolitik müssen die **aktuellen Probleme der Energiepolitik** gelöst werden. Bekanntermaßen sind die Preise für Strom und Erdgas in Deutschland mit am höchsten. Als Ursachen werden der fehlende Wettbewerb bei der Energieerzeugung und der Nutzung der Netze genannt. Windfall-Profits aus dem Emissionshandel sind ein Beispiel für eine politisch induzierte Verteuerung.
- Eine zukünftige Energiepolitik ähnelt einer **Quadratur des Kreises**: Abhängigkeit bei der Energieversorgung aus unsicheren Lieferländern, steigende Energienachfrage von Schwellenländern, Einflüsse der Klimapolitik und weitere Faktoren müssen unter einen Hut gebracht werden. Energieeffizienz, Energieeinsparung und technologische Fortschritte sind geeignete Antworten.

- Klimaschutz und Energie sind aber nicht mehr nur Themen eingeweihter Kreise; die massive Publizität der letzten Monate und die prognostizierten dramatischen Klimaveränderungen sensibilisieren die Bevölkerung. Neue Kommunikationswege sind erforderlich; gegenseitige Vorwürfe in Richtung Klimasünder helfen nicht weiter. **Demonstration von Zukunftsfähigkeit** aller Verantwortlichen ist gefragt. In der Klimapolitik darf es keine Verlierer geben - aber auch kein Versagen.

Felix Christian Matthes



Diplom-Ingenieur, Dr. rer. pol.

- geboren am 13. Mai 1962 in Berlin
- 1981-1985 Studium der Elektrotechnik
- 1985 Abschluss als Diplom-Ingenieur
- 1986-1989 Tätigkeit in der Industrie
- seit 1990 Forschungs- und Beratungstätigkeit im Öko-Institut (Institut für angewandte Ökologie)
- 1993 Forschungsaufenthalt in den USA als Fellow des German Marshall Fund of the United States
- seit 1997 Koordinator des Bereichs Energie & Klimaschutz im Öko-Institut
- 1996-1997 (nebenberufliches) Studium am Otto-Suhr-Institut für Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin
- 1999 Promotion (summa cum laude) zum Doktor der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin
- 2000-2002 Sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung“ des 14. Deutschen Bundestages
- 2002-2004 Stellvertretender Geschäftsführer des Öko-Instituts

Schwerpunkte in den letzten Jahren:

- Kraft-Wärme-Kopplung (umfangreiche beratende Tätigkeit im Vorfeld und bei der Ausarbeitung des KWKG-Gesetzes, Politikberatung zur EU-Richtlinie zur KWKG)
- Emissionshandel für CO₂ (Mitarbeit im Forschungskonsortium zum Nationalen Allokationsplan)
- Energiebedarfs- und Emissionsprojektionen
- Energie- und umweltpolitische Instrumentenbewertung
- Internationale Klimaschutzpolitik (u.a. Tätigkeit für das Sekretariat der Klimarahmenkonvention als Mitglied von Reviewteams für die In depth-Reviews der Nationalberichte zur Klimarahmenkonvention)
- Mitglied der Gesellschaft für Energiewissenschaft und Energiepolitik (deutsche Sektion der International Association for Energy Economics)
- Mitglied der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW)
- Lehrauftrag zu Energiepolitikanalyse am Otto-Suhr-Institut für politische Wissenschaft der FU Berlin

Dirk Becker



Mitglied des Bundestags

Beruflicher Werdegang

- 1983-1985 Ausbildung Stadt Bielefeld (mittlerer Dienst)
- 1985-1992 Stadt Bielefeld (Bereich Wohnungswesen der Stadt Bielefeld)
- 1992-1995 Fachhochschule für öffentliche Verwaltung mit dem Abschluss Diplom-Verwaltungswirt FH
- 1995-1999 Verwaltung der Stadtbibliothek Bielefeld
- 1999-2005 Verwaltungsleiter der Volkshochschule Bielefeld

Politischer Werdegang

- Seit 1988 Mitglied der SPD
- 1990 Beisitzer Ortsverein
- Sachkundiger Bürger (bis 1994)
- 1994 Ratsmitglied (bis 2005)
- Vorsitz Ausschuss für Natur, Umwelt und kommunale
- Entwicklungsverantwortung (bis 1999)
- 1996 Vorsitzender Ortsverein Oerlinghausen (bis 2003)
- 1999 Vorsitz im Ausschuss für Kultur und Stadtentwicklung (bis 2005)
- Stellvertretender Bürgermeister (bis 2004)
- 2000-2002 Mitglied im SPD Kreisvorstand Lippe
- 2002-2005 Fraktionsvorsitzender im Stadtrat
- 2004 Spitzenkandidat für das Amt des Bürgermeisters der Stadt Oerlinghausen
- seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages
- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Gesundheit

Weitere Ämter

- 1994-1999 Aufsichtsrat der Abfall-Beseitigungs GmbH Lippe
- 1999-2005 Vorstand Archäologisches Freilichtmuseum Oerlinghausen
- seit 2003 Vorstand Luftsportzentrum Oerlinghausen
- bis 2005 Mitglied der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Oerlinghausen
- Mitgliederversammlung Theaterverein Landestheater Detmold

Bernhard Zander



Direktor, KfW-Klimaschutzfonds

Bernhard Zander ist Diplom-Volkswirt und seit Anfang der 80-er Jahre in verschiedenen Funktionen bei der KfW tätig. Herr Zander verfügt über langjährige Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, insbesondere in Asien.

In den vergangenen Jahren beschäftigte sich Herr Zander mit kommerziellen Export- und Projektfinanzierungen im Energiesektor. In diesem Zusammenhang war er auch Mitglied der hausinternen Arbeitsgruppe der KfW zu Fragen des Klimawandels und hat dort das Konzept des KfW-Klimaschutzfonds wesentlich mit entwickelt.

Als Leiter des KfW-Klimaschutzfonds ist Herr Zander nunmehr ausschließlich für die Umsetzung dieses Konzeptes zuständig.

Statement

1. JI&CDM werden das Klimaproblem nicht lösen. Tatsächlich vermeiden sie keine Tonne CO₂ zusätzlich. Sie sind aber wichtige Instrumente, um Klimaschutz effizient zu betreiben. Aufgrund der globalen Dimension des Treibhauseffekts spielt es keine Rolle, wo Emissionen vermindert werden. JI&CDM tragen dazu bei, dass dies dort geschieht, wo mit gleichem Geldeinsatz die größte Wirkung erzielt wird.
2. JI&CDM haben verschiedene Ziele. Sie sollen
 - Industriestaaten und dort ansässigen Unternehmen die Erfüllung ihrer Reduktionsverpflichtungen erleichtern;
 - den Transfer moderner Technologien in die Gastländer fördern;
 - einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung in den Gastländern leisten.

Als Marktmechanismen nutzen sie dabei das einzelwirtschaftliche Kalkül privater Unternehmen. Sie erfüllen so eine wichtige Suchfunktion für die Entwicklung effizienter Klimaschutzmaßnahmen.

3. Deutsche Unternehmen sind bei modernen Umwelttechnologien weltweit führend. Das gilt für moderne Kohletechnologien ebenso wie für erneuerbare Energien und Energieeffizienzmaßnahmen sowohl auf der Erzeuger-, wie auch auf der Verbraucherseite. Sie können deshalb von JI&CDM doppelt profitieren: für die kostengünstige Erfüllung eigener Reduktionsverpflichtungen und als Partner bei der Durchführung der Projekte.
4. Entscheidend für die Zukunft von JI&CDM ist die Wahrung der ökologischen Integrität. Nur solche Maßnahmen dürfen zum Zuge kommen, die nachweislich etwas zusätzliches für den Klimaschutz bewirken. Hier leisten die Einrichtungen des Klimasekretariats in Bonn wertvolle Arbeit. Gleichzeitig muß vor einer Überbürokratisierung gewarnt werden, die private Initiative erstickt und gerade kleine Projekte benachteiligt.
5. JI&CDM nutzen vor allem Projekten mit marktnahen Technologien wie z.B. Wind- und Wasserkraft, denen die zusätzlichen Einnahmen aus Emissionsgutschriften über die Wirtschaftlichkeitsschwelle helfen können. Andere, marktfernere Technologien wie z.B. Photovoltaik brauchen zusätzliche Förderung, wenn Sie zukünftig eine nennenswerte Rolle spielen sollen.
6. JI&CDM Projekte sind in erster Linie Investitionsprojekte wie jedes andere auch. Als solche brauchen Sie stabile und kalkulierbare Rahmenbedingungen, um für Investoren und Kreditgeber attraktiv zu sein. Dies führt dazu, dass sich Projekte heute noch stark auf Regionen konzentrieren, die ohnehin durch hohe Direktinvestitionen begünstigt sind, während z.B. Afrika weitgehend leer ausgeht. Hier kann Entwicklungshilfe einen Betrag leisten und mehr für Projektentwicklung und -finanzierung tun.
7. Die Europäische Union ist heute bei JI&CDM der wesentliche Treiber auf der Nachfrageseite. Die sog. Linking Directive ermöglicht europäischen Unternehmen die Nutzung von Emissionsgutschriften aus Projekten im Emissionhandel. Projekte und Unternehmen brauchen aber eine sichere Langfristperspektive über 2012 hinaus. Klare und verlässliche Post-Kyoto Regeln sind deshalb dringend erforderlich. Hier ist die Politik gefordert.
8. Was tut die KfW für JI&CDM?
Mit dem KfW Klimaschutzfonds hat die KfW ein Kaufprogramm für Gutschriften aus JI&CDM Projekten aufgelegt. Nutznießer des Programms sind Unternehmen, die solche Gutschriften im Emissionhandel nutzen wollen, selbst aber kein Auslandsgeschäft haben oder keine eigenen Kapazitäten hierfür aufbauen wollen. Bisher haben sich mehr als 20 deutsche und europäische Unternehmen an dem Programm beteiligt. Bis heute wurden rd.

5 Mio. Gutschriften durch die KfW kontrahiert. Die KfW wird ihre Aktivitäten in diesem Bereich in den nächsten Jahren wesentlich ausweiten.

Auch auf der Finanzierungsseite gewinnt die Unterstützung von JI&CDM Projekten zunehmend an Bedeutung. Dies gilt insbesondere für die KfW Entwicklungsbank und die DEG aber auch für die Export- und Projektfinanzierungsaktivitäten der KfW IPEX Bank.

Berlin, 22.11.2006

Bernhard Zander
Direktor
KfW Klimaschutzfond

KfW Bankengruppe
Tel: 069-7431-4218
klimaschutzfonds@kfw.de

www.kfw.de/klimaschutzfonds

Milan Nitschke



geb. 1971 (Düsseldorf)

- Diplom-Volkswirt
- 1994-2002 Abgeordnetenbüro Mechtild Rothe (Europäisches Parlament, Berichterstatterin für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz)
- 2002-2004 Referent für Energiewirtschaft und -politik Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE)
- Geschäftsführer Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE)

Statement

Erneuerbare Energien leisten heute den Hauptbeitrag zur Reduzierung von Treibhausgasen. Allein der Zubau von Wind- und Wasserkraft, Erdwärme, Bio- und Solarenergie in Deutschland im Jahr 2005 spart zusätzlich 10 Millionen Tonnen CO₂ ein. Das ist in einem Jahr soviel, wie das gesamte Minderungsziel des Emissionshandels von 2005 bis 2007. Basis für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien sind klare gesetzliche Rahmenbedingungen wie das bestehende EEG und das dringend notwendige Wärmegesetz. Auf dieser Grundlage haben die Unternehmen der Erneuerbaren Energien mit 200 Milliarden Euro das größte deutsche Investitionspaket angekündigt. Damit sollen bis 2020 über 20 Prozent des gesamten Bedarfes an Strom, Wärme und Kraftstoffen aus Erneuerbaren Energien stammen.

Prof. Dr. Claudia Kemfert



Prof. Dr. Claudia Kemfert leitet seit April 2004 die Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und hat den Lehrstuhl für Umweltökonomie an der Humboldt-Universität Berlin inne.

Claudia Kemfert studierte Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Bielefeld und Oldenburg (Promotion 1998). Im Rahmen von Forschungsaufenthalten war sie an der Stanford University (1997) und der Fondazione Eni Enrico Mattei (FEEM) in Mailand (1998).

Von Januar 1999 bis April 2000 leitete sie die Forschernachwuchsgruppe am Institut für rationelle Energieanwendung der Universität Stuttgart. Von 2000 bis 2004 hatte Kemfert eine Stelle als Juniorprofessorin einer Forschernachwuchsgruppe an der Universität Oldenburg inne.

Sie leitet und leitete diverse Projekte über die Untersuchung der energie- und umweltpolitischen Politikstrategien und ist in zahlreichen Netzwerken wie dem Energy Modeling Forum (EMF) der Universität Stanford tätig.

Außerdem war sie Gastprofessorin an den Universitäten von St. Petersburg (2003/04), Moskau (2000/01) und Siena (1998, 2002/03) und externe Expertin für die Weltbank und die Vereinten Nationen.

Ferner ist sie Mitherausgeberin der Zeitschriften Energy Economics und Gaia und Mitglied des Nachhaltigkeitsbeirats beim Umweltministerium des Landes Baden-Württemberg.

Ihre Forschungsschwerpunkte konzentrieren sich auf die Bewertung von Klima- und Energiepolitikstrategien.

Statement

Mittels globalen Klimaschutzes kann eine doppelte Dividende erzielt werden: Klimaschutz und Wirtschaftswachstum- Wettbewerbsvorteile durch gezielte Innovation in zukunftsweisende Technologien

Prof. Dr. Claudia Kemfert, DIW Berlin, Humboldt Universität Berlin

November 2006

Um den Klimawandel einzudämmen, müssen die modernen, entwickelten Volkswirtschaften es schaffen, die Klimagase drastisch einzudämmen und zudem fossile Energien durch alternative Kraftstoffe ersetzen. Die zukünftige Energieversorgung muss vor allem CO₂ frei sein, aber auch sicher und wettbewerbsfähig. Alle drei Ziele sind gleichrangig zu bewerten, aber kaum gleichrangig zu erfüllen. Weltweit steigt die Nachfrage nach fossilen Ressourcen weiter drastisch an, bisherige Entwicklungsländer wachsen stark und rasch und benötigen Energie. Die steigende Nachfrage nach Energie spiegelt sich zwar schon teilweise in hohen Preisen, vor allem für Öl und Gas, wider. Dennoch sind die Energiepreise immer noch nicht hoch genug, um die Trendwende hin zu einer CO freien Energieversorgung tatsächlich zu erzielen. Zudem ist die fossile Ressource Kohle nicht knapp und würde weltweit noch für 200 Jahre ausreichen, um die Weltnachfrage zu decken. Wenn wir jedoch jegliche Kohlvorkommen der Welt verbrennen würden, würden die weltweiten Treibhausgase explodieren und der Klimawandel würde ungebremst voranschreiten.

Die zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts ist es, eine nachhaltige Energieversorgung sicherzustellen. Die Politik muss hier einen Kraftakt leisten, denn die Marktsignale versagen auf zwei Ebenen: zum einen wird der Klimawandel nicht in die marktwirtschaftlichen Geschehnisse einbezogen. Der Klimawandel schreitet stetig schleichend voran und kann in einzelnen Weltregionen sehr unterschiedlich spürbar werden. Zudem ist der Klimawandel ein langfristiges Phänomen, welches bei Überschreiten einer „Schmerzgrenze“ irreversible Schäden verursacht. Daher wäre es notwendig, globale Lösungen für den Klimaschutz zu suchen.

Zum anderen muss der Verbrauch fossiler Energien begrenzt werden. Beide Aufgaben umfassen einen deutlich längeren als im politischen Prozess beachteten Zeitraum. Zudem sind beide Probleme globale Herausforderungen, sodass politische Aktionen eigentlich global gesteuert werden müssten. Der Klimaschutz versucht eine globale Lösung zu finden und hat erste Abkommen zum Klimaschutz verabschiedet. Die nachhaltige Energieversorgung wird nicht global angegangen, hier gibt es sehr unterschiedliche Sichtweisen in den einzelnen Weltregionen. Im Grunde genommen wäre es aber unerlässlich, beide Problembereiche miteinander zu koppeln und eine einheitliche globale Klimaschutzpolitik und nachhaltige Energiepolitik zu definieren und verbindlich umzusetzen.

Zukünftig muss es deshalb vor allem darum gehen, zum einen die Wirtschaftssupermacht USA und auch stark wachsende Volkswirtschaften davon zu überzeugen, dass ein Klimaschutzabkommen mehr Vorteile als Nachteile bringt. Denn je früher wir mit Klimaschutz beginnen, desto geringer sind die volkswirtschaftlichen Kosten. Zudem können Kooperationen in zukunftsweisende, emissionsarme Technologien wirtschaftliche Vorteile schaffen, die sich mittel- bis langfristig auszahlen. Durch die wirtschaftlichen Vorteile kann eine „doppelte Dividende“ geschaffen werden: Klimaschutz und Wirtschaftswachstum zu verbinden- und damit Führer zukunftsweisender Technologien zu werden, die mittel bis langfristig zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen werden.

Astrid Klug



Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

- 1987: Abitur am Mannlich-Gymnasium in Homburg; Studium des Bibliothekswesens in Köln
- 1990: Abschluss als Diplom-Bibliothekarin, Tätigkeit an der Universitätsbibliothek in Saarbrücken
- seit 1992 : Leiterin des Amtes für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Kreisverwaltung des Saarpfalz-Kreises
- seit 1984: Engagement in der Umwelt-, Friedens- und Anti-Atomkraft-Bewegung
- seit 1985: Mitglied der SPD
- seit 1987: Initiatorin und Organisatorin des "Umwelt- und Friedenstages"
- 1994 bis 2004: Mitglied des Homburger Stadtrates
- seit 1997: Mitglied des Landesvorstandes der SPD Saar
- seit 1999: Vorsitzende des SPD-Stadtverbandes Homburg
- seit 2000: stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Saar
- seit 2002: Mitglied des Bundestages, in der 15. LP unter anderem Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und Vorsitzende des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung
- seit November 2005: Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit